



Landeshauptstadt München, Direktorium,
Friedenstraße 40, 81660 München

**An alle
Mitglieder des Bezirksausschusses 16
Ramersdorf-Perlach**

**Hauptabteilung II
BA-Geschäftsstelle Ost
für die Bezirksausschüsse
5, 13, 14, 15, 16, 17, 18**

Friedenstraße 40
81660 München
Telefon (089) 233-6 14 90
Telefax (089) 233-6 14 85
Zimmer: 2.205
Sachbearbeitung:
Herr Vosteen
Email: bag-ost.dir@muenchen.de

Datum XX.12.2016

Protokoll der Bezirksausschusssitzung im 16. Stadtbezirk vom 10.11.2016
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1

Beginn: 19:05 Uhr
Ende: 21:45 Uhr

Anwesend:

BA-Mitglieder:

Details siehe Anwesenheitsliste

Sitzungsleitung: BA-Vorsitzender Herr Kauer

1 Allgemeines

Herr Kauer weist darauf hin, dass Foto-, Film- und Tonaufnahmen ausdrücklich untersagt werden.

Dies geschieht zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Anwesenden und nach Rücksprache mit der Rechtsabteilung des Direktoriums der Landeshauptstadt München.

Insofern geht der Bezirksausschuss davon aus, dass eine Veröffentlichung von gemachten Foto-, Film- und Tonaufnahmen unterbleibt. Rechtliche Schritte bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Herr Kauer begrüßt die 3. Bürgermeisterin Frau Strobl sowie die anwesenden Landtagsabgeordneten und Stadträte.

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

U-Bahn: Linie U5, Hst Ostbahnhof
S-Bahn: Alle Linien, Hst Ostbahnhof
Linien: 2, 4, 8,
Haltestelle Leuchtenbergring
Straßenb.: Linie 19,
Haltestelle Ampfingerstr.

Bus: Linie 144, Hst Ampfingerstr.
Linien 54, 100, Hst Heidenauplatz
Linien 55, 145, 152, 155, 159
Haltestelle Ostbahnhof
Linie 146
Hst Ostbahnhof (Friedenstraße)

Internet:
<http://www.muenchen.de/dir>

Prädikat für vorbildliche
Gleichstellungspolitik
für Frauen und Männer



1.2 Beschluss über die endgültige Tagesordnung

zu 1.6.1 Neuberechnung der Sitzverteilung in den Unterausschüssen

2.2.1.1 Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis 31.03.2017 für die Maßnahme
Zuwendung aus dem Budget der Bezirksausschüsse und dem Programm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“
Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. - Partizipationsprojekt „Jugendliche beteiligen sich an der Freiraumplanung in ihrem Stadtbezirk“
Beschluss des BA 16 vom 14.01.2016

3.4.3 Unterschiedliche Höhen bei Schallschutzwänden an den Unterkunftsanlagen Otto-
brunner Str. 28h und Nailastraße 8
Anfrage von Guido Bucholtz

3.6.1 Unterkunftsanlage Nailastraße – aktuelle Diskussion
Bürgerschreiben vom 06.11.2016 und 08.11.2016

4.5.1.1 Ostpark als Standort für Veranstaltung "Kulturstrand "
Anfrage des KVR vom 02.11.2016

4.5.2.1 Verkauf von Christbäumen auf dem stadt-eigenen Grundstück 1800/62 Tifl. Hanns-
Seidel-Platz

Herr Bucholtz bittet darum TOP 1.6 zurückstellen.

Der Tagesordnung wird mit der Bitte von Herrn Bucholtz

einstimmig zugestimmt.

1.3 Protokolle

Die Freigabe der ausstehenden Protokolle wird aufgrund der Abwesenheit von Herrn Schmauser vertagt.

1.4 Bericht des BA-Vorsitzenden über aktuelle Vorgänge

Herr Kauer verliest eine Stellungnahme des BA:

„Angesichts der jüngsten Berichterstattung zur Unterkunftsanlage Nailastraße stellen wir fest:

1. Es handelt sich bei der streitgegenständlichen Gabionenwand nicht um ein Bauwerk gegen Flüchtlinge!
2. Die Gabionenwand stellt eine Schallschutzmaßnahme dar, die zum Ziel hat, eine uneingeschränkte, nachbarschaftskonfliktfreie Nutzung der Spielwiese durch die jugendlichen Bewohner der künftigen Unterkunftsanlage zu ermöglichen.
3. Sie ist Ergebnis eines Kompromisses, der unter Beteiligung des Bezirksausschusses zwischen der Landeshauptstadt München und Anwohnern geschlossen wurde. Mit ihm sollte den vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Berücksichtigung angemahnten Lärmschutzmaßnahmen Rechnung getragen und weitere Verzögerungen im Bauablauf bis hin zur Einstellung des Baus vermieden werden. Dieser Kompromiss war transparente Basis für die erteilte, rechtsgültige Baugenehmigung und die Einstellung des seinerzeitigen Gerichtsverfahrens. Da damit zugleich kein auf andere Fallkonstellationen übertragbares Gerichtsurteil gesprochen wurde, ist nicht von einer Präzedenzfallwirkung für andere Unterkunftsanlagen auszugehen.

4. Wir verwehren uns in diesem Zusammenhang gegen Vorwürfe des Rassismus oder der Ausländerfeindlichkeit. Wir setzen in unserem Stadtbezirk auf Integration und Vermittlung anstelle von Konfrontation und Abschottung und wir achten selbstverständlich den Rechtsstaat. Dafür sind wir als Bezirksausschuss von Anfang an eingetreten und werden es auch weiterhin tun.
5. Wir halten im Interesse eines Fortbestands der Baugenehmigung und damit einer baldigen Inbetriebnahme der Einrichtung am gefundenen Kompromiss fest. Nach Einzug der Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunftsanlage werden wir gemeinsam mit diesen und allen Kompromissbeteiligten die Funktion und Gestalt der Gabionenwand evaluieren sowie gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge unterbreiten.
6. Wir halten dabei am Dialog mit allen Beteiligten fest und wenden uns gegen eine Polarisierung und unsachliche bzw. einseitige Diskussion in der Frage der Unterbringung von geflüchteten Menschen in unserem Stadtbezirk. Wir erinnern, dass wir uns stets für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Unterbrachten eingesetzt haben.“

Herr Kauer berichtet von Schmierereien, die in der vorherigen Nacht an Häusern angebracht wurden und betont die Notwendigkeit des Erhalts der grundgesetzlichen Rechte. Er richtet in Zusammenhang mit der Berichterstattung zur Mauer an der Nailastraße kritische Worte an die Vertreter der Presse.

Frau Bürgermeisterin Strobl berichtet über die Geschichte der Unterkunft in der Nailastraße und der generellen Problematik den Lärmschutz in München betreffend. Sie zitiert in diesem Zusammenhang aus dem Lärmschutzgutachten und betont, dass die Mauer 50 Meter von den Gebäuden entfernt ist. Vergleiche mit der Berliner Mauer, einem Gulag oder einem Konzentrationslager verwehrt sie sich gegenüber und empfindet dies als Verhöhnung der Opfer dieser Einrichtungen. Sie sieht durch die Mauer keine Problematik in der sozialen Integration der Flüchtlinge und betont, dass der Münchener Stadtrat gerade 5 Millionen Euro für weitere Sprachkurse zur Verfügung gestellt hat. Sie appelliert, die „Kirche im Dorf zu lassen“; in München musste niemand in Turnhallen untergebracht werden und die Leichtbauhallen wurden so schnell wie möglich wieder aufgegeben. Sie betont die enorme ehrenamtliche Leistung in diesem Zusammenhang.

Herr Bucholtz fühlt sich von den Berichten von Herrn Kauer und Frau Bürgermeisterin Strobl angegriffen und verwehrt sich dagegen: Er hat niemanden an den Pranger gestellt und spricht niemanden das Recht auf Lärmschutz ab. Er berichtet von seinen Beweggründen und der Entwicklung aus seiner Sicht.

Frau Bürgermeisterin Strobl erwidert, dass keine Nutzungsänderung – wie von Herrn Bucholtz vermutet – geplant sei und diese vom Stadtrat beschlossen werden müsste.

Herr Blume dankt dem Vorsitzenden und der Bürgermeisterin für ihren Einsatz in den letzten Tagen und betont die verschiedenen Lösungen für den Frieden in der Stadtgesellschaft. Er hätte sich eine Entschuldigung und die Übernahme der politischen Verantwortung von Herrn Bucholtz gewünscht.

Herr Bucholtz verlässt die Sitzung unter lautem Protest! (20:00 Uhr)

Herr Smolka ist betroffen über den Umgang mit Herrn Bucholtz und der persönlichen Ansprache; er glaubt, dass Herr Bucholtz weder dem Stadtteil noch der Stadt schaden wollte.

Herr Smolka möchte von Frau Strobl wissen, ob der Stadtrat über die Absprache zur Mauer unterrichtet wurde. Frau Strobl verneint dies, da keine Unterrichtung notwendig gewesen sei: es handelt sich um eine Sache, die die laufende Verwaltung betrifft.

Herr Smolka betont das Recht auf freie Meinungsäußerung und schildert die Situation aus seiner Sicht.

Zur gemeinsamen Resolution bittet er um die Aufnahme eines 7. Punktes: Es soll vom OB ein runder Tisch eingerichtet werden.

Frau Rashid betont als Integrationsbeauftragte des Bezirksausschusses, dass dieser Kompromiss nicht mit jedem BA-Mitglied abgestimmt war und sie sich die Auswüchse der Mauer nicht vorstellen konnte. Sie möchte ihre ursprüngliche Entscheidung in Bezug auf die Mauer revidieren.

Herr Kauer betont, dass Herr Bucholtz ausdrücklich Verdienste im Stadtbezirk erworben hat und diese Verdienste erhalten bleiben.

Herr Bucholtz muss allerdings wissen, wie man mit einem Kompromiss – den man selbst mitgetragen hat und der bei einem selbst Unbehagen auslöst – umgeht. Dieses Unbehagen kundzutun ist vollkommen legitim, aber die Frage ist, wie man dies tut.

Herr Kauer betont, dass er Herrn Bucholtz ausdrücklich beste Absichten unterstellt, er dem Bezirksausschuss aber in diesem Fall direkt vor den Kopf gestoßen hat. Wenn man über Integration spricht ist es wichtig diejenigen zu beteiligen, die später einmal in der Unterkunft wohnen. Für Herrn Kauer bedeutet Integration die Flüchtlinge nach ihrem Einzug an der weiteren Gestaltung zu beteiligen.

Frau Katzinger betont, dass es nicht nur um Flüchtlinge, sondern vor allem um Kinder und Jugendliche geht und um die Frage, wie man in Zukunft in unserer Gesellschaft miteinander umgeht. Auf der anderen Seite ermöglicht die Mauer, dass die Kinder laut sein können. Sie möchte die Bedürfnisse von Kindern generell berücksichtigt wissen.

Herr Ruf betont noch einmal, dass Herr Bucholtz die politischen Abläufe und Mechanismen kennt. Er weist in Bezug auf den Lärmschutz darauf hin, dass sich das Emissionsrecht geändert hat – die Autobahn besitzt einen Bestandsschutz. Er fragt Frau Strobl warum es keinen Beauftragten gegen Linksextremismus gibt.

Herr Smolka möchte betonen, dass die Stadt München die Mauer in Auftrag gegeben hat und nicht Herr Bucholtz. Herr Bucholtz kann sich aktuell nicht wehren, da er nicht im Raum ist. Er fragt, warum die Jugendlichen nicht schon beim Mauerbau beteiligt worden sind und bittet Frau Strobl um Intervention, da es sich um ein stadtweites Thema handelt und aus seiner Sicht ein runder Tisch unabdingbar ist.

Herr Kauer fragt, ob Bürgermeldungen zugelassen sind.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

Ein Bürger meldet sich und betont, dass es auch Anwohner gibt, die diese Mauer nicht gut finden – es handelt sich nicht um einen Konsens aller Anwohner. Er sagt, dass es eine Mauer in den Köpfen der Menschen gegen Ausländern und um Europa herum gebe. Der Bürger betont, dass diese symbolhafte Wirkung in ganz Europa auf fruchtbaren Boden gefallen sei.

Ein weiterer Bürger (einer der Kläger) berichtet von der Kompromisserzielung und ist der Meinung, dass man zu einem guten Ergebnis gekommen sei. Er betont, dass er nicht gegen die jugendlichen Flüchtlinge sei, aber die Betriebszeiten sind mit 10 bzw. 9 Stunden pro Tag angegeben worden; er möchte die Ruhe am Abend

und am Wochenende erhalten wissen. Er bittet um eine Deeskalation in der Diskussion.

Ein weiterer Bürger sagt, dass keiner aus Sicht der Jugendlichen spreche: ohne Lärmschutz können die Jugendlichen nicht richtig spielen. Er sieht die Mauer für die Kinder und nicht gegen sie gerichtet. Er glaubt nicht, dass die Kinder die Mauer als störend empfinden.

Herr Kauer beendet die Diskussion und gibt Frau Strobl die Möglichkeit zum Schlusswort.

Herr Kauer bittet um Abstimmung zum Antrag von Herrn Smolka zum runden Tisch
Dem wird

mehrheitlich nicht entsprochen.

Pause

1.5 Vertreter/-innen von Behörden und Fachdienststellen sowie weitere Gäste

1.6 Sonstiges

1.6.1 Austritt Herr Bucholtz aus der Fraktion B90 / Die Grünen
gemäß E-Mail vom 1.11.2016

zu 1.6.1 Neuberechnung der Sitzverteilung in den Unterausschüssen

1.6.2 Neubesetzung der UA

Die TOP 1.6.1 und 1.6.2 wurden gemäß Zustimmung zur Tagesordnung abgesetzt.

Herr Kauer verkündet, dass in Rücksprache mit den Fraktionssprechern die TOP 2 behandelt werden, TOP 3 lediglich die Punkte zu denen Bürger anwesend sind – die restlichen Punkte werden in die Unterausschüsse vertagt, TOP 4 wird behandelt, TOP 5 wird beschlossen wie im Unterausschuss entschieden und TOP 6 wird in die Unterausschüsse vertagt.

TOP 3.1.8 wird vorgezogen, da die Antragstellerin anwesend ist.

2 Entscheidungsfälle

2.1 Mobilität und Umwelt

2.1.1 (E) Neubau einer öffentlichen Grünanlage an der Carl-Wery-Straße
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes mit Grünordnung
Nr. 57 cl (1. Teilbereich)
im 16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach
Projektkosten (Kostenobergrenze): 1.690.000 €
1. Bedarfs- und Konzeptgenehmigung
2. Projektauftrag; Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06646
(TOP 2.1.1 vom 13.10.2016, 15.09.2016, 18.08.2016)
E-Mail des Baureferats vom 19.10.2016

Frau Wolf-Tinapp berichtet:

„Beschlussempfehlung:

In der BA Sitzung vom 15.09.2016 wurde beschlossen den TOP auf die Unterausschusssitzung vom 24.10.2016 zu vertagen und Anwohner und Baureferat Abteilung Gartenbau einzuladen. Inzwischen wurde dieser Termin vom Gartenbaureferat zurückgezogen und kein neuer Termin benannt.

Der Unterausschuss empfiehlt den TOP zu vertagen.
Beschluss: einstimmig“

Frau Wolf-Tinapp sagt weiter, dass vor der Klärung der Angelegenheit das Gartenbauamt nicht mehr in den Bezirksausschuss kommt. Sie schlägt vor diesen TOP in den UA zu vertagen und dort abzuschließen.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 2.1.2 (E) Einrichtung einer permanenten Radarkontrollanlage an der Rosenheimer Straße stadtauswärts, etwa auf Höhe der Kirche Maria Ramersdorf; BV-Empfehlung Nr. 14-20 / E 01070 der Bürgerversammlung des 16. Stadtbezirkes Ramersdorf vom 28.06.2016; Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07094 (TOP 2.1.6 vom 13.10.2016)
Bürgerschreiben des Antragstellers vom 15.10.2016

Herr Kauer schlägt Verweis in den UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2.2 Budget, Kultur und Sport

- 2.2.1 Entscheidungen über die Gewährung von Zuschüssen aus den Budgetmitteln des BA 16 gemäß Vollmacht des Oberbürgermeisters vom 26.11.2007 Beschlussvorlagen des Direktoriums

- 2.2.1.1 Verlängerung des Bewilligungszeitraums bis 31.03.2017 für die Maßnahme
Zuwendung aus dem Budget der Bezirksausschüsse und dem Programm „Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt“
Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V. - Partizipationsprojekt „Jugendliche beteiligen sich an der Freiraumplanung in ihrem Stadtbezirk“
Beschluss des BA 16 vom 14.01.2016

Herr Kauer schlägt Zustimmung vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

2.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

-/-

2.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

-/-

2.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

-/-

2.6 Sonstige

-/-

3 Anträge

3.1 Mobilität und Umwelt

- 3.1.1 Errichtung eines Park-and-Ride-Parkplatzes am Ende der Autobahn beim Karl-Preis-Platz (TOP 3.1.3 vom 13.10.2016)

- 3.1.2 Parkraummanagement innerhalb des Mittleren Rings: Sachstand bei den in Beobachtung stehenden Maßnahmengengebieten im 16. Stadtbezirk (Stadtviertel Ramersdorf und Balanstr.) mitteilen und Aufnahme in die „Satzung zur Durchführung einer Befragung von Personen im Zusammenhang mit der Erfassung des privaten Stellplatzangebotes“; (TOP 3.1.4 vom 13.10.2016)
- 3.1.3 Einrichtung eines Quartierbusses zwischen Perlach und Fasangarten – Öffentliche Erreichbarkeit des Neuen Südfriedhofs verbessern; TOP 3.1.5 vom 13.10.2016; BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01429
- 3.1.4 Weitergehende Prüfung und Machbarkeitsstudie für eine Trambahnlinie in den 16. Stadtbezirk; TOP 3.1.6 vom 13.10.2016; BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01428; Gemeinschaftlicher Antrag
- 3.1.5 Anbringung von zwei Verkehrsschildern "Vorsicht Kinder" beidseitig an der Ottonbrunner Straße, Höhe Hausnummer 52; Bürgerantrag vom 13.10.2016
- 3.1.6 Zugeparkte Kurzzeitparkplätze Aribonenstraße; Bürgerschreiben vom 12.10.2016
- 3.1.7 Arnold-Sommerfeld-Straße:
1) 30 km/h-Beschränkung erweitern
2) Hinweis auf Tonnagebeschränkung
3) Müllablagerungen; Bürgerschreiben vom 26.10.2016
- 3.1.8 Parken von Bussen und Lastkraftwägen im Hugo-Lang-Bogen / Goldschaggbogen; Bürgerschreiben vom 27.10.2016
- zu 3.1.8 Antwortschreiben der PI 24 vom 31.10.2016

Herr Kauer berichtet von der Stellungnahme der Polizei zur Situation vor Ort und den Vorschlag einer Beschilderung, die nur PKW das Parken erlaubt.
Der Vorsitzende schlägt vor, dass die Stellungnahme der Polizei an das Kreisverwaltungsreferat weitergeleitet wird und die Antragstellerin einen Abdruck dieser Stellungnahme erhält.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 3.1.9 Den Naherholungscharakter am Hachinger Bach verbessern! Zugänge und Sitzplatzmöglichkeiten am Hachinger Bach verbessern! Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im BA 16
- 3.1.10 Barrierefreiheit von Busbahnhöfen endlich mit Nachdruck vorantreiben! Interfraktioneller Antrag der Fraktionen und Parteien im BA 16 vom 31.10.2016
- 3.1.11 Verkehrssicherheitsgrün (VSG) in der Hochäckerstraße und Rosenheimer Straße (Bereich Ortskern Ramersdorf); Antrag der Fraktion DaCG/ÖDP vom 31.10.2016
- 3.1.12 Weiterbau der U5 von Neuperlach Süd über die Universität der Bundeswehr Neubiberg bis zum Gewerbegebiet Taufkirchen; Antrag der SPD-Fraktion vom 31.10.2016

3.2 Budget, Kultur und Sport

- 3.2.1 Anfrage der Wilhelm-Busch-Realschule für eine Gestaltung der Unterführung am Hachinger Bach / Ständlerstraße im Zuge der Feierlichkeiten zu 50 Jahre Neuperlach Bürgerschreiben vom 05.10.2016; TOP 3.2.1 vom 13.10.2016

3.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

- 3.3.1 Kinderbetreuungsangebote während Integrations- und Deutschkursen für Frauen/Familien in Unterkunftsanlagen im Bereich Ramersdorf-Perlach; TOP 3.3.2 vom 13.10.2016; BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01430

3.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

- 3.4.1 Ehemaliger Schweigerweg, Einfahrt vom Karl-Marx-Ring zwischen den Häusern 22 und 28; Wiederherstellung des derzeit baulich schlechten Zustands und Anbringung einer Schranke; Bürgerantrag vom 03.10.2016
- 3.4.2 Infopavillon Hanns-Seidel-Platz; Antrag der CSU-Fraktion
- 3.4.3 Unterschiedliche Höhen bei Schallschutzwänden an den Unterkunftsanlagen Otto-brunner Str. 28h und Nailastraße 8
Anfrage von Guido Bucholtz

3.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

3.6 Sonstige Anträge

- 3.6.1 Unterkunftsanlage Nailastraße – aktuelle Diskussion
Bürgerschreiben vom 06.11.2016 und 08.11.2016

ist unter TOP 1.4 mit abgehandelt worden.

Gemäß Abstimmung zwischen den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern werden die 3er Tagesordnungspunkte mit Ausnahme des TOP 3.1.8 in die Unterausschüsse verwiesen.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4 Anhörungen

4.1 Mobilität und Umwelt

- 4.1.1 Beschlusssentwurf; Unterführung Chiemgaustraße - Schwannseestraße
Antrag Nr. 14-20 / A 02062 der ALFA; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 07351; Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom ____ (SB); Frist: 30.11.2016

Herr Kauer schlägt Zustimmung vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.2 Budget, Kultur und Sport

- 4.2.1 Infrastrukturprogramm Sport in München - Teil 1 Städtische Sportbaumaßnahmen, Maßnahmenpaket 3 Kunstrasenplatzbau - Produkt 6.1 -
Bezirkssportanlage Krehlebogen 15 (16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach)
1. Bedarfs- u. Konzeptgenehmigung
2. Projektauftrag u. Projektgenehmigung
3. Genehmigung zur Durchführung der vorgezogenen Baumfällungen; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 07427; Zuleitung des RBS vom 21.10.16 mit der Bitte um Stellungnahme

Herr Bohlig schlägt Zustimmung vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

4.3.1 Öffnung der Schulhöfe und Schulsportanlagen; Meinungsbildung zur zeitgemäßen Fortentwicklung; Zuleitung vom 17.10.2016

Frau Schweizer schlägt Verweis in den UA vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

4.4.1 Anhörungen des Bezirksausschusses zu Bauvorhaben im Einzelfall auf Anforderung; Zuleitungen des Referates für Stadtplanung und Bauordnung (Anhørungsfrist 1 Monat ab Eingang)

4.4.1.1 Ständlerstr. 38, Fl. Nr. 16225/1 – Unterbringung von Flüchtlingen – Neubau einer Bürgerunterkunft mit Tiefgarage (Ständlerstr. 38 / Traunreuter Str.); Zuleitung vom 30.09.2016 (TOP 4.4.1.6 vom 13.10.2016)

Herr Thalmeir berichtet:

Geplant ist die Errichtung einer Unterkunftsanlage mit Wohncharakter bezeichnet als „Bürgerwohnheim“.

Insgesamt sollen 151 Personen in Apartments untergebracht werden, wobei jedes Apartment über eine kleine Küchenzeile und ein eigenes Bad verfügt. Die Apartments werden jeweils einzeln belegt.

Die Größe der Apartments beträgt im Schnitt zwischen 11 m² und 15 m². Es gibt Gemeinschaftsküchen und Gemeinschaftwaschräume sowie Aufenthaltsräume.

Untergebracht werden sollen anerkannte Flüchtlinge mit Bleibeperspektive in München (60-prozentige Belegung) sowie Wohnungslose und Auszubildende (40-prozentige Belegung).

In der Betriebsbeschreibung ist angemerkt, dass die Landeshauptstadt München, Sozialreferat, Amt für Wohnen und Migration, die entstehenden 151 Apartments übernehmen wird. Diese sollen dann preisgünstig an Personen mit dringendem Wohnbedarf zugewiesen werden wobei aber grundsätzlich keine langfristige Unterbringung angestrebt ist.

Ein freier Träger/privater Betreiber soll mit Fachkräften die sozialpädagogische Arbeit zur Integration der Mieter in die Stadtgesellschaft übernehmen. Gedacht ist an eine Unterstützung in Bezug auf Bildung, Ausbildung und Vermittlung von Arbeit sowie Beratung bezüglich Mietschulden.

Gemeinsam mit den Bewohnern soll eine Wohnperspektive im Sinne eines „Anschlusswohnens“ in größeren Wohnungen erarbeitet werden.

Eine Nutzung im Sinne einer dauerhaften Wohnnutzung ist angeblich auf dem Grundstück Ständlerstraße 38 nicht möglich.

Mitgeteilt wurde insoweit, dass es hier einen städtebaulichen Vertrag gäbe, der eine gewerbliche Nutzung des Grundstücks vorschreibe. Dieser städtebauliche Vertrag sei für die LBK bindend.

Das Vorhaben sowie die geplante Nutzung als „Bürgerwohnheim“ wurde bereits mit Vorbescheid der Landeshauptstadt München genehmigt.

Die Unterlagen zum damaligen Vorbescheidsantrag waren zwar angefordert worden, sind aber aus nicht mehr aufklärbaren Gründen, bei dem Unterausschuss nicht angekommen.

In dem unmittelbar nördlich angrenzenden Grundstücksabschnitt soll ein weiteres

Gebäude errichtet werden, für das eine nahezu identische Nutzung geplant ist. Auch dieses war bereits Gegenstand der Erörterungen im Unterausschuss. Das Vorhaben wurde damals von dem Investor selbst dem Unterausschuss vorgestellt. Der Bezirksausschuss hat im Hinblick auf dieses Gebäude die geplante Nutzungsart abgelehnt und beantragt, das komplette Grundstück Ständlerstraße 38 im Hinblick auf eine Nutzung als allgemeines Wohngebiet zu überplanen. In diesem Zusammenhang hat der Bezirksausschuss auch dringend ein Gespräch mit der Hauptabteilung I und der Hauptabteilung II des Planungsreferats erbeten. Das Gespräch ist bisher leider noch nicht zustande gekommen.

Stellungnahme des Unterausschusses:

Der Unterausschuss sieht die geplante Nutzung der beiden Gebäude als „Unterkunftsanlagen“ im weiteren Sinne kritisch.

Es gibt bereits mehrere gleichartige Projekte in der Umgebung, so insbesondere das Projekt „Wohnen für Alle“ an der Ständlerstraße/Balanstraße, eine Unterkunftsanlage für Asylbewerber an der Aschauer Straße sowie eine geplante Unterkunftsanlage für unbegleitete, minderjährige Asylbewerber an der Balanstraße. Darüber hinaus ist unmittelbar gegenüber dem geplanten Gebäude, auf dem Grundstück Ständlerstraße 45, ein Boardinghouse mit Wohneinheiten, die ebenfalls Apartmentcharakter haben, genehmigt worden.

Weshalb das Grundstück Ständlerstraße 38, das sich geradezu in hervorragender Weise für eine qualitätsvolle Wohnbebauung eignen würde, nicht dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden kann entzieht sich der Kenntnis des Unterausschusses und ist nicht nachvollziehbar. Sollte tatsächlich ein städtebaulicher Vertrag existieren, müsste geprüft werden, ob dieser nicht gekündigt oder in sonstiger Weise aufgehoben werden kann.

Die derzeit beabsichtigten Nutzungen sind geprägt von dem Bemühen des Investors, den Anschein einer gewerblichen Nutzung zu erwecken, wobei tatsächlich eine „Wohnnutzung“ minderer Qualität angestrebt ist. Die Motivation des Investors für dieses Vorgehen ist für den Unterausschuss nicht nachvollziehbar, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass der Investor im Unterausschuss selbst ausdrücklich erklärt hat, er würde gerne qualitätsvollen Wohnraum auf dem Gesamtgrundstück schaffen, wenn die planungsrechtlichen Voraussetzungen gegeben wären.

Es ist für den Unterausschuss schlichtweg nicht nachvollziehbar, weshalb in anderen Bereichen des Stadtbezirkes mittels weitreichenden Befreiungen von Bebauungsplänen zum Zwecke der Schaffung neuen Wohnraums Wohngebäude in bestehende Freiflächen „gequetscht“ werden müssen, obwohl an dieser Stelle in gerade perfekter Weise qualitätsvoller Wohnungsbau geschaffen werden kann, der sich nahezu perfekt in die umliegenden Nutzungen einfügen würde.

Empfehlung des Unterausschusses:

Der Unterausschuss empfiehlt deshalb dem Bezirksausschuss folgendes weitere Vorgehen:

1. Zunächst soll bei der Landeshauptstadt München, Amt für Wohnen und Migration, durch den BA-Vorsitzenden angefragt werden, ob tatsächlich eine Anmietung des geplanten Gebäudes bzw. der beiden geplanten Gebäude beabsichtigt ist und ob diese Anmietung aufgrund der derzeitigen Situation auch für zwingend erforderlich gehalten wird.
2. Beim Planungsreferat soll angefragt werden, weshalb eine gewerbliche Nutzung des Grundstückes zwingend erforderlich ist und ob der immer wieder erwähnte angebliche städtebauliche Vertrag tatsächlich existiert. Sollte dieser Vertrag tatsächlich vorhanden sein, regt der Unterausschuss weiterhin an, dass der Bezirksausschuss beschließt, einen Antrag auf Gewährung von Akteneinsicht für den BA-Vorsitzenden in die Vertragsunterlagen zu stellen.

3. Sofern der angebliche städtebauliche Vertrag tatsächlich existieren sollte, wird weiter angefragt, ob und welche Möglichkeiten bestehen, den Vertrag zu kündigen bzw. im gegenseitigen Einvernehmen aufzuheben und welche Öffentlichen Stellen hier gegebenenfalls mitwirken müssten.

Das Planungsreferat (Hauptabteilung I und Hauptabteilung II) wird nochmals dringend gebeten, in einem Gespräch mit Vertretern des Bezirksausschuss zu erläutern, ob und welche Möglichkeiten bestehen, dass Grundstück Ständlerstraße 38 kurzfristig für die Entwicklung eines qualitativ vollen Wohnungsbaus zur Verfügung zu stellen.

- 4.4.1.2 Isegrimstr. 17, Fl. Nr. 2192/34 – Errichtung 2er Mehrfamilienhäuser (5 + 3 WE) mit Tiefgarage – VORBESCHEID; Zuleitung vom 05.10.2016 (TOP 4.4.1.7 vom 13.10.16)

Herr Thalmeir berichtet:

Geplant ist die Errichtung zweier Mehrfamilienhäuser auf einem in Waldperlach gelegenen Baugrundstück. Ein Bebauungsplan ist nicht vorhanden.

Die Zulässigkeit des Vorhabens richtet sich nach § 34 BauGB.

Das größere der beiden Häuser soll in Richtung zur Straße an der dort verlaufenden Baulinie errichtet werden, wobei eine Überschreitung der vorderen Baulinie um ca. 30-50 cm vorgesehen ist.

Diese Überschreitung ist besonders auffällig, da an das Nachbarhaus angebaut werden soll und sich so ein auffälliger Vorsprung ergibt.

Das kleinere der beiden Mehrfamilienhäuser soll im rückwärtigen Grundstücksteil errichtet werden.

Die umliegende Bebauung des Straßengevierts besteht aus einer zweigeschossigen Einfamilienhausbebauung, wobei die rückwärtigen Grundstücke nahezu vollständig von einer Bebauung freigehalten sind.

Stellungnahme des Unterausschusses:

Der Unterausschuss empfiehlt, das Bauvorhaben abzulehnen.

Die im rückwärtigen Grundstücksteil vorgesehene Bebauung ist aufgrund der Nachbarbebauung nicht zulässig und als zukünftiger Musterfall für eine Nachverdichtung in den rückwärtigen Grundstücksbereichen in jedem Falle abzulehnen.

Einer Überschreitung der Baulinie im vorderen Grundstücksbereich wird in jedem Falle widersprochen. Hier ist unter allen Umständen darauf zu achten, dass ein bündiger Anbau an das Nachbargebäude erfolgt.

- 4.4.1.3 Dornröschenstr. 4 - 4a, Fl. Nr. 2192/28 – Errichtung 4 Mehrfamilienhäuser (je 5 WE) mit Tiefgarage – VORBESCHEID; Zuleitung vom 05.10.2016 (TOP 4.4.1.8 vom 13.10.16)

Herr Thalmeir berichtet:

Es handelt sich ebenfalls um ein Nachverdichtungsprojekt in Waldperlach. In einem nordöstlich der Gaststätte „Leiberheim“ gelegenen Grundstück sollen insgesamt vier Mehrfamilienhäuser mit einer Tiefgarage errichtet werden. Das auf dem Grundstück derzeit befindliche Doppelhaus soll statt dessen abgerissen werden. Das Grundstück ist im Bestand lediglich im nordöstlichen Bereich mit einem Doppelhaus bebaut und weist eine große Freifläche mit umfangreichem Baumbestand auf.

Zwei der geplanten vier Mehrfamilienhäuser sollen im rückwärtigen Bereich des Grundstücks errichtet werden. Auch die Tiefgarage reicht in den rückwärtigen Bereich des Grundstücks hinein. Der dort vorhandene Baumbestand kann nicht erhalten werden.

Stellungnahme des Unterausschusses:

Der Unterausschuss empfiehlt, das Bauvorhaben abzulehnen.

Die rückwärtige Bebauung der mit umfangreichem Baumbestand versehenen Fläche des Grundstücks stellt einen unerwünschten Musterfall für eine rückwärtige Bebauung der Nachbargrundstücke und damit für eine übermäßige und nicht erwünschte Nachverdichtung des gesamten Straßenzuges dar.

Die vorgesehene Tiefgarage würde einen großen Teil des Grundstücks versiegeln und einer Bepflanzung der Freiflächen mit größeren Bäumen entgegenstehen.

Die an der Straße gelegenen Baukörper sind von der Kubatur her zu groß und zu mächtig. Sie erwecken einen dreigeschossigen Eindruck. Sie fügen sich insoweit nicht in die zweigeschossige Einfamilienhausbebauung der Nachbarschaft ein.

4.4.1.4 Ottobrunner Str. 14, Fl. Nr. 16298/8 – Neubau 2er Boardinghäuser (ges. 89 Einheiten) und einer Tiefgarage (45 Stpl.); Zuleitung vom 05.10.2016 (TOP 4.4.1.9 vom 13.10.2016)

Herr Thalmeir berichtet:

Das bisher gewerblich genutzte Grundstück soll mit zwei, parallel zur Ottobrunner Straße angeordneten Gebäuden bebaut werden. Der vorhandene Bestand soll abgerissen werden.

Geplant ist die Nutzung als „Boardinghouse“. Geplant sind 89 Einheiten, mit einer Größe von ca. 25 m² bis 28 m², jeweils ausgestattet mit Doppelbett, Dusche, Toilette und Küchenzeile. Das an der Straße gelegene Gebäude soll insgesamt drei Vollgeschosse sowie ein zurückgesetztes Terrassengeschoss aufweisen. Es ist mit einem Flachdach versehen. Das im rückwärtigen Grundstücksbereich zu errichtende Gebäude weist zwei Vollgeschosse und ein Dachgeschoss auf und ist mit einem Satteldach geplant.

Im rückwärtigen Gebäudeteil sind Wohnungen mit einer Gesamtgröße von ca. 64 m² vorgesehen. Im Dachgeschossbereich des vorderen Gebäudeteils gibt es Wohnungen mit ca. 35 m².

Es wird eine unterhalb beider Gebäude verlaufende Tiefgarage realisiert, die den kompletten Bereich zwischen den beiden Gebäuden versiegeln wird.

In der Tiefgarage werden 75 Stellplätze für insgesamt 89 Apartments geschaffen.

Stellungnahme des Unterausschusses:

Der Unterausschuss empfiehlt das Vorhaben abzulehnen.

Eine Betriebsbeschreibung für die als „Boardinghouse“ beschriebenen Nutzung lag zum Zeitpunkt der Unterausschusssitzung noch nicht vor. Sie soll durch die LBK nachgereicht werden.

Der Unterausschuss steht einer Nutzung als „Boardinghouse“ extrem kritisch gegenüber. Dies vor allem deshalb, da an allen Ecken des Stadtbezirkes derzeit zu genannte „Boardinghouse Nutzungen“ realisiert werden. Derartige Nutzungen stellen zwar für die Investoren extrem gewinnbringende Projekte dar, schaffen aber keinen nachhaltigen, qualitätsvollen Wohnraum, der im Stadtbezirk dringend benötigt würde.

Das hier zu bebauenden Grundstück würde sich für qualitätsvollen Wohnungsbau in geradezu perfekter Weise eignen. Die Wohnnutzung würde sich auch ohne Probleme in die umgebenden Nutzungen einfügen.

Keinesfalls kann der vorgesehene, verminderte Stellplatzschlüssel akzeptiert werden. Es besteht bereits aktuell eine verschärfte Parksituation in dem hier gegenständlichen Bereich auf der Ottobrunner Straße. Der zu erwartende An- und Abfahrtsverkehr für das vorgesehene „Boardinghouse“ wird in Anbetracht des bereits bestehenden ganz erheblichen An- und Abfahrtsverkehr für das gegenüberliegende Hotel zu erheblichen zusätzlichen Verkehrsproblemen führen.

Auch im Interesse einer qualitätsvollen Entwicklung dieses Bereichs des Stadtviertels, wäre eine Entwicklung hin zur Wohnnutzung, insbesondere auch in Anbetracht der Planungen für den gegenüberliegenden Bereich des Bebauungsplanes 1638 sehr wünschenswert.

Es wird angeregt, mit dem Investor Gespräche zu führen, mit dem Ziel, eine Wohnbebauung auf dem Grundstück zu realisieren.

Herr Kauer schlägt Zustimmung zu den TOP 4.4.1.1 bis 4.4.1.4 wie im Unterausschuss beschlossen vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.4.1.5 Gerhart-Hauptmann-Ring 52-62, Fl.Nr.: 1900/23 - Neubau und Aufstockung Wohn- und Geschäftshaus-Anlage Sudermann-Zentrum (Gerhart-Hauptmann-Ring 52-62 / Sudermannallee 8-12, 18-22) – VORBESCHIED; Zuleitung vom 26.10.2016

Verweis in den Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.4.1.6 Pflanzelplatz 4, Fl.Nr.: 70/0 - Revitalisierung und Umbau eines Bauernhofes, Neubau einer Tiefgarage
1. Zuleitung vom 20.10.2016
2. Zuleitung vom 26.10.2016

Herr Thalmeir berichtet, dass der Architekt und der Bauherr eingeladen werden sollen. Fristverlängerung bis nach der nächsten Unterausschusssitzung soll bei der Lokalbaukommission beantragt werden.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.4.1.7 Klara-Ziegler-Bogen, Fl.Nr.: 2091/16 - Neubau von Eckhäusern und eines mittig angeordneten Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage; Zuleitung vom 20.10.2016

Herr Thalmeir berichtet:

Geplant ist der Neubau eines lang gestreckten, zweigeschossigen Baukörpers entlang des Klara-Ziegler-Bogens. Es ist ein Satteldach mit Gauben vorgesehen.

Das zu bebauende Grundstück liegt im Geltungsbereich eines qualifizierten Bebauungsplanes. Die Vorgaben des Bebauungsplanes werden eingehalten.

An den beiden Enden des Baukörpers sollen jeweils zwei Reiheneckhäuser realisiert werden. In der Mitte des Baukörpers werden insgesamt sechs Wohneinheiten auf zwei Geschossebenen geschaffen. Die Tiefgarage befindet sich außerhalb des Baukörpers im Gartenbereich.

Stellungnahme des Unterausschusses:

Der Unterausschuss empfiehlt, dem Bauvorhaben mit der Maßgabe zuzustimmen, dass die Tiefgarage nicht außerhalb, sondern unterhalb des Gebäudes angeordnet wird. Die im Gartenbereich vorgesehene Tiefgarage versiegelt den kompletten Garten und verhindert so das Pflanzen größerer, für die Umwelt und die Gestaltung wichtiger Bäume.

Herr Kauer bittet um Zustimmung zum Votum des Unterausschusses.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 4.4.2 Gemeinde Putzbrunn; Bebauungsplan Nr. 23; 1. Änderung "östlich der Oedenstockacher Straße, südlich der Neubiberger Straße"; Beteiligung der Behörden nach § 4 Abs. 1 BauBG; Frist 30.11.2016

Herr Thalmeir empfiehlt Zustimmung.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

4.5.1 Veranstaltungen in städtischen Grünanlagen Zuleitungen des Kreisverwaltungsreferats mit der Bitte um Stellungnahme

4.5.1.1 Ostpark als Standort für Veranstaltung "Kulturstrand " Anfrage des KVR vom 02.11.2016

Herr Kauer schlägt Verweis in den Unterausschuss Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen vor und möchte einen Vertreter der Stadt hierzu einladen. Herr Ruf als Unterausschussvorsitzender soll die Einladung übernehmen. Herr Ruf schlägt eine gemeinsame Sitzung mit der Arbeitsgruppe Bürgerhaushalt vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.5.2 Veranstaltungen auf öffentlichem Verkehrsgrund Zuleitungen des Kreisverwaltungsreferats mit der Bitte um Stellungnahme

4.5.2.1 Verkauf von Christbäumen auf dem stadteigenen Grundstück 1800/62 Tfl. Hanns-Seidel-Platz

Herr Kauer schlägt Zustimmung vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.5.3 Anhörungen zu Änderungen der Geschäftsordnung oder Satzung der Bezirksausschüsse

4.5.3.1 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates; Wertgrenzen bei Baumaßnahmen; Auswirkungen auf die BA-Satzung und die OB-Vollmacht für die Bezirksausschüsse; Schreiben des Direktoriums vom 25.10.2016 mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von 6 Wochen

4.5.3.2 Bürgerhaushalt auf Stadtbezirksebene; Anhörung der Bezirksausschüsse zum Entwurf der Beschlussvorlage; Zuleitung vom 20.10.2016

4.5.3.3 Änderung der BA-Satzung; Anhörungsrecht der Bezirksausschüsse bei Befreiungen von der Stellplatzsatzung; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02847 des BA 15 vom 22.09.16; Schreiben des Direktoriums vom 26.10.16 mit der Bitte um Stellungnahme innerhalb von 6 Wochen

4.5.3.4 Änderung der BA-Satzung: Erweiterung der Ziffer 7.2 der Anlage 1 der BA-Satzung um die Formulierung "inklusive zugehöriger Stellungnahmen der zuständigen Denkmalschutzbehörde"; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02359 des BA 1 vom 10.05.2016

Herr Kauer schlägt Verweis in den Unterausschuss Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen sowie Fristverlängerung bis nach der nächsten Sitzung vor.

Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.5.4 weitere Anhörungen

4.5.4.1 Gewinnung neuer barrierefreier Wahllokale zur Bundestagswahl 2017 Zuleitung vom 27.09.2016 (TOP 4.5.4.1 vom 13.10.2016)

Herr Ruf berichtet:

„Bei der Durchsicht der Übersicht der barrierefreien Wahllokale im Stadtbezirk 16 in München wurde festgestellt, dass die Schule am Strehleranger in dieser nicht mit aufgelistet ist. Eine Rückfrage beim Kreisverwaltungsreferat Wahlen und Abstimmungen (KVR-GL/35) erbrachte nachstehende Auskunft:

Grundschule am Strehleranger

Im Rahmen einer Abfrage aller Schulen in der LHM wurde von der GS am Strehleranger ein Fragebogen hinsichtlich der Barrierefreiheit ausgefüllt, in dem Stufen im Eingangsbereich dokumentiert sind. Nach den Angaben im Fragebogen bestünde keine andere Möglichkeit das Gebäude, ohne Stufen zu erreichen. Dementsprechend wurde die Schule als nicht vollständig barrierefrei eingestuft. Wir werden jedoch auf Ihre Anfrage hin das Schulgebäude persönlich in Augenschein nehmen, um die Barrierefreiheit definitiv zu beurteilen.

Hierzu nimmt der Bezirksausschuss 16 wie folgt Stellung:

Nach dem Kenntnisstand des Bezirksausschusses 16 sind die Räume in den Pavillons der Schule tatsächlich nicht barrierefrei zu erreichen. Der Bezirksausschuss 16 widerspricht deshalb seit Jahrzehnten jeglichem Ansinnen, Wahlräume in den Pavillons unterzubringen. Er fordert stattdessen, die Wahlräume im Haupthaus unterzubringen, was möglich ist, da dort bereits mehrfach Wahlen durchgeführt wurden. Der Eingangsbereich des Haupthauses ist von der Straße bzw. vom Fußweg her über zwei Rampen erschlossen. Soweit der Haupteingang mit einer niedrigen Stufe (ca. 85 mm, das entspricht dem unteren mittleren Bereich von Randsteinen) nicht den Richtlinien für einen barrierefreien Zugang entspricht, ist dieser vom Referat für Bildung und Sport durch eine normgerechte Rampe schnellstmöglich, spätestens bis zur nächsten Abstimmung herzustellen. Hierfür ist ausreichen Platz vorhanden. Selbst ohne Rampe ist der Zugang mit normalen Rollstühlen, gegebenenfalls mit nur einer Hilfsperson, möglich, während die Zugänge zu den Pavillons, mit zwei Stufen, nicht überwunden werden können. Im Übrigen müssen öffentliche Schulen ohnehin barrierefrei zugänglich sein, unabhängig davon ob eine Bestandssicherungsregelung etwas anderes erlaubt.

Eine für die Verwaltung möglicherweise einfachere Abwicklung in den nicht barrierefreien Pavillons hat gegenüber dem höherwertigen Recht der Wähler, ihre Stimme direkt und unmittelbar an der Wahlurne abgeben zu können, uneingeschränkt zurückzustehen.

Zudem schlägt der Bezirksausschuss vor, zu prüfen, ob der Pfarrsaal der Pfarrei Verklärung Christi in der Adam-Berg-Straße als Wahlraum genutzt werden kann. Dieser ist mit einem Lift barrierefrei zu erreichen.“

Herr Kauer schlägt Zustimmung zur Empfehlung des Unterausschusses vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

4.6 Sonstige

-/-

5 Berichte

5.1 Berichte der Beauftragten des BA 16

5.1.1 Baumschutz

Frau del Bondio berichtet:

Friedrich-Domin-Weg 50

1 Kiefer, zustimmen, Schäden durch die Wurzeln auf dem öffentlichen Gehweg, Abbauerscheinungen

Hohenaschauer Straße 88

1 Birke, zustimmen, deutliche Abbauerscheinungen, es erscheint sinnvoll die gesamte Birkengruppe zu fällen, die Bäume sind gleich alt (>80 Jahre), stehen sehr dicht zusammen und durch die Fällung eines Baumes verlieren die anderen an Halt (Flachwurzler)

Limburgstr. 12

1 Fichte, zustimmen, Schrägstand, Abbauerscheinungen

Helmontstr. 14

3 Birken zustimmen, Faulstellen, fehlende Verkehrssicherheit

Herrenchiemseestraße 8

stark eingewachsenes Grundstück, das Haus macht einen unbewohnten Eindruck, 7 Bäume zu Fällung beantragt, eine gründliche Pflege der Bepflanzung ist sicher sinnvoll, vorher sollte sichergestellt werden, dass kein Abriss geplant ist.

Frau-Holle-Straße 27

ablehnen, kein Fällgrund zu erkennen

Friedrich-Panzer-Weg 24

Frist abgelaufen, den Zugang zu dem Grundstück war zwischen Bauzäunen nicht zu finden

Baumbestandspläne:

Elfenstr. 5

NB EFH mit Einliegerwohnung und 2 Garagen zustimmen, 2 Ahorn, 1 Haselnuss, 1 Birke, 1 Esche, 1 Kastanie, 1 Lärche, 1 Apfel, 1 Kiefer

5.1.2 Kinder kein Bericht

5.1.3 Jugend

Frau Katzinger berichtet:

Ich habe an der Beiratssitzung des Kinder- u. Jugendeinrichtung BWZ/ Rampe teilgenommen.

Es hat einen Jahresrückblick und eine Vorschau über die geplanten Aktivitäten gegeben. Die Schulkooperation wurde ausgebaut. Unter anderem hat man zusammen mit den Realschulen einen Gesundheitstag veranstaltet. Die Deutschkurse waren gut besucht.

Es fanden 3 Skiltagesausflüge, ein großes Skilager und ein kleines Skilager statt. Ebenso wurde eine Schlauchbootfahrt an der Isar und Tagesausflüge in den Skilipark angeboten. Es gab auch Projekte zum Thema Indien und „Sport u.

Sprache vertiefen“. Es fand auch ein Ausflug zu einem Reiterhof statt. Daran haben 25 Kinder teilgenommen.

2017 wird nur noch ein Skilager stattfinden.

Es ist ein Projekt zum Thema nachhaltige Entwicklung geplant. Hierzu sollen Kinder und die Eltern eingeladen werden.

Der Garten soll neu gestaltet werden. Und man will Sprachförderung anbieten.

Es gibt nach wie vor Probleme mit einem Anwohner. Diese beschwerten sich nach wie vor bei der Polizei. Es wurde gebeten, das der BA-Vorsitzende beim Kommunalreferat nachfragt, wann die Sanierung der Sporthalle geplant ist.

Im Gefilde fand die Aktion „Light at Skatenight“ statt. Die Jugendgruppe „Young City Movement“ hat zusammen mit dem Technischen Hilfswerk, Come In, Bildungslokal und Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik eine Beleuchtung am Skatepark im Gefilde ermöglicht. Das Angebot bzw. die Aktion wurde von den Jugendlichen sehr gut angenommen.

Es haben ca. 60 – 100 Jugendliche diese Veranstaltung besucht und das Angebot am Abend zu Skaten gerne angenommen.

Zur einer Beleuchtung am Skatepark im Gefilde gibt es eine Petition.

<https://www.openpetition.de/petition/online/gemeinsam-8700-stimmen-fuer-eine-beleuchtung-an-der-skate-und-sportanlage-im-gefilde>

- 5.1.4 Senioren/-innen
kein Bericht
- 5.1.5 Gleichstellung
kein Bericht
- 5.1.6 Unterkunftsanlagen und Wohnen/Mieterbeirat
kein Bericht
- 5.1.7 Menschen mit Behinderung
Herr Jockisch berichtet, dass in zwei Schwimmbädern die Aufzüge nicht nutzbar sind, er nimmt sich der Sache an.
Die Stadt München ist im Bereich Barrierefreiheit im Vergleich sehr gut aufgestellt.
- 5.1.8 Integration
kein Bericht
- 5.1.9 Gegen Rechtsextremismus
kein Bericht
- 5.1.10 Internet
kein Bericht, aber Frau Schweizer weist auf einen Fehler auf der Homepage hin.
Dieser wird vom Internetbeauftragten korrigiert.

Die Berichte werden

einstimmig zur Kenntnis genommen.

5.2 Berichte aus den Unterausschüssen

5.2.1 Mobilität und Umwelt

5.2.2 Budget, Kultur und Sport

5.2.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

5.2.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

5.2.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

Herr Kauer schlägt vor die Vota der Unterausschüsse zu übernehmen.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

6 Antworten der Verwaltung auf Anträge und Anfragen **in der Regel keine Behandlung im Gremium sondern Verweisung en bloc in die zuständigen Unterausschüsse**

6.1 Mobilität und Umwelt

6.1.1 BA-Initiative zum SEV-Konzept während der Bauarbeiten auf der Linie U5; Rückmeldung der MVG vom 17.10.2016

6.1.2 Auskunft über das Verkehrsaufkommen am Knoten Schmidbauer- /Hofanger Straße; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02759 vom 18.08.16; Antwortschreiben des Referates für Stadtpl. u. Bauordnung vom 14.10.2016

6.1.3 Im Gefilde - Müllproblematik im Grünzug; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02755 vom 18.08.2016; Antwortschreiben Baureferat-Gartenbau vom 07.10.2016

6.1.4 Aufwertung von öffentlichen Wegen rund um den Ballauf-Hof; BA-Initiative Nr. 14-20 / I 00918; E-Mail-Verkehr mit dem Baureferat, Abt. Gartenbau, Behandlung Ziffer 2 des Antrags

6.1.5 Barrierefreier Ausbau von Busbahnhöfen; Abdruck eines Schreibens der SWM an das Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom 13.09.16; Antrag des BA 16 vom 21.10.2014

6.1.6 Wieder Anbringen der Schilder in der Kurzparkzone bei der Aribonenstraße 20, Haltverbot Lastwagen bei der Aribonenstraße 11; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02750 des BA 16 vom 18.08.16

Herr Kauer schlägt den gesammelten Verweis in den Unterausschuss Mobilität und Umwelt vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

6.2 Budget, Kultur und Sport

-/-

6.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

-/-

6.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

6.4.1 Bauvorhaben im 16. Stadtbezirk, Stellungnahmen des BA 16 Antwortschreiben des Referats für Stadtplanung und Bauordnung

6.4.1.1 Madelsederstraße 27, Erweiterung eines Wohngebäudes (Anbau); Stellungnahme des BA 16 vom 15.07.16; Antwortschreiben der Lbk vom 14.10.16

- 6.4.1.2 Ständlerstraße 38, Neubau eines Betriebsgebäudes mit Tiefgarage – VORBE-SCHEID; Stellungnahme des BA 16; Antwortschreiben der Lbk vom 18.10.16
- 6.4.1.3 Ständlerstraße 45, Nauaufbau Rück- und Zwischengebäude, Nutzungsänderungen RGB: Büro zu Boardinghaus (Beherbergung); Zwischen- u. VGB: Büro- zu Wohngebäude für Studierende, Pflegepersonal, Arbeitnehmer etc.; Stellungnahme des BA 16 vom 08.06.16; Antwortschreiben der Lbk vom 29.09.16
- 6.4.2 Gemeinde Neubiberg; Bebauungsplan Nr. 76 für den Bereich "Nördlich Brunhildenstraße zwischen Josef-Kyrein-Straße und Wotanstraße"; Antwort des Referats für Stadtplanung und Bauordnung vom 14.10.2016 zur Stellungnahme des Bezirksausschusses 16 vom 18.07.2016
- 6.4.3 Neubegrünung und Umgestaltung in 7 Höfen der GEWOFAG-Siedlung an der Melusinenstraße; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02754 vom 18.08.16; Antwortschreiben des Referates für Stadtpl. u. Bauordnung vom 12.10.16

Herr Kauer schlägt den gesammelten Verweis in den Unterausschuss Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

6.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

- 6.5.1 Vollzug des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes (LStVG); Vollzug des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG); Veranstaltung "Muttertags-Fest", Albert-Schweitzer-Straße in München

Herr Kauer schlägt Verweis in den Unterausschuss Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 6.5.2 Beleuchtung der Jugend-Unterstände im Wilrampark und am Adenauerring; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 01889 vom 10.12.15; Stellungnahme des Gremiums zum Antwortschreiben aus der April-Sitzung; Antwortschreiben des Baureferats vom 26.10.2016

Herr Kauer schlägt Verweis in den Unterausschuss Mobilität und Umwelt vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

- 6.5.3 Winterdienst auch im Abschnitt Schmidbauer-/Hofmark-/Holzwiesenstraße zwischen Hofanger- und Quiddestraße; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02751 vom 18.08.16; Antwortschreiben des Baureferats vom 21.10.16

Herr Kauer schlägt Verweis in den Unterausschuss Mobilität und Umwelt vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

6.6 Sonstige

- 6.6.1 Einhaltung von Anhörungsfristen; Schreiben des BA 16 vom 29.09.2016; Zwischennachricht des Direktoriums vom 26.10.2016

Herr Kauer schlägt Kenntnisnahme vor.
Dem wird

einstimmig zugestimmt.

**7. Unterrichtungsfälle / Bekanntgaben
in der Regel keine Behandlung im Gremium sondern Verweisung en bloc in die zuständigen Unterausschüsse**

7.1 Mobilität und Umwelt

- 7.1.1 Aktion Saubere Stadt
Wiederholung der Kampagne für "Rein. Und Sauber", das städtische Servicetelefon gegen Vermüllung; Antrag Nr. 14-20 / A 01212 Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06637
Beschluss des Bauausschusses vom 25.10.2016 (SB)
- 7.1.2 Fragen zum Gehwegausbau Adilostraße; Schreiben des Vorsitzenden an einen Bürger vom 17.10.2016
- 7.1.3 Verbesserung bzw. Sanierung der Radwegverbindung zwischen Trudering und Neuperlach über den Alexis Weg; BA-Initiative Nr. 14-20 / I 01419; Schreiben des Vorsitzenden des BA 15 an den BA 16 vom 25.10.2016
- 7.1.4 Unterhachinger Straße (stadteinwärts) zwischen der Stadtgrenze und Unterhachinger Straße 113
- 7.1.5 Einrichtung eines personenbezogenen Behindertenparkplatzes im Bereich Rosenheimer Straße 226; verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO; Mitteilung des KVR
- 7.1.6 Baumentfernungen und Gehölzpflegemaßnahmen an Straßen und in öffentlichen Grünflächen; nachträgliche Unterrichtung über entfernte Gefahrenbäume; Mitteilung des Baureferats-Gartenbau
- 7.1.7 Baumentfernungen und Gehölzpflegemaßnahmen an Straßen und in öffentlichen Grünflächen; Unterrichtung über bevorstehende Entfernungen von Gefahrenbäumen; Mitteilung des Baureferats-Gartenbau
- 7.1.8 Toiletten in öffentlichen Grünanlagen; Folgebeschluss; Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07087; Beschluss des Bauausschusses vom 04.10.2016 (SB)
- 7.1.9 Maßnahmen der Unfallkommission am Innsbrucker Ring zwischen Kirchseeoner Straße und Rosenheimer Straße; verkehrsrechtliche Anordnung nach § 45 StVO; Mitteilung des KVR

7.2 Budget, Kultur und Sport

- 7.2.1 Information des Bezirksausschusses über neu eingegangene Anträge auf Gewährung von Zuschüssen aus dem Budget für die Bezirksausschüsse
- 7.2.1.1 Pfarrei Christus Erlöser Neuperlach; Chor-Orchester-Projekt Neuperlach "Magnificat"
beantragte Zuwendung: 2.280 €
- 7.2.2 Information des Bezirksausschusses über eingegangene Verwendungsnachweise oder Kurzberichte zu aus Budgetmitteln bezuschussten Maßnahmen
- 7.2.2.1 Monte Balan Bildungsträger gGmbH; Beschaffung von Präsentationstechnik

- 7.2.2.2 Das Blaue Schiff e.V.; Gartengestaltung
- 7.2.2.3 Schützengesellschaft Deutscher Michel; Restaurierung Vereinsfahne
- 7.2.2.4 Verein für Sozialarbeit; Sommerfest Hoftreff
- 7.2.2.5 Spielen in der Stadt e.V.; Baumobil + Zirkus
- 7.2.2.6 Förderverein THW München-Ost e.V.; Beschaffung eines Anhängers
- 7.2.2.7 KulturRaum e.V. - Tanzprojekt

7.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

- 7.3.1 Errichtung eines Hauses für Kinder mit 3 Kinderkrippen- und 3 Kindergartengruppen und einer offenen Einrichtung für Jugendliche und Heranwachsende - "Jugendcafé" an der Hochäckerstraße im 16. Stadtbezirk Ramersdorf-Perlach; Sitzungsvorlage Nr.: 14-20 / V 07221; Beschluss des Bildungsausschusses und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Stadtrates vom 25.10.2016 (SB)
- 7.3.2 Übersicht des Staatl. Schulamtes München über gebundene Ganztagschulklassen an öffentlichen Münchner Grundschulen; Zuleitung des RBS vom 26.10.2016

7.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

- 7.4.1 Aktuelle Bauvorhaben im 16. Stadtbezirk
- 7.4.2 Unterrichtung der Unteren Naturschutzbehörde im Vollzug der Baumschutzverordnung
 - 7.4.2.1 Herrenchiemseestraße 44, Zuleitung vom 27.10.2016
 - 7.4.2.2 Ständlerstraße 58-80 / Görzerstraße 76-76a; Bescheid vom 20.10.2016
 - 7.4.2.3 Gustav-Heinemann-Ring 49-73; Bescheid vom 14.10.2016
 - 7.4.2.4 Arno-Assmann-Straße 1-7; Bescheid vom 12.10.2016
 - 7.4.2.5 Rotkäppchenstraße 59; Bescheid vom 14.10.2016
- 7.4.3 Vollzug der Satzung der Landeshauptstadt München über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum
 - 7.4.3.1 Anwesen Schloßbauerstraße; Mitteilung vom 04.10.2016
 - 7.4.3.2 Anwesen Wildenholzener Straße; Mitteilung vom 05.10.2016
 - 7.4.3.3 Anwesen Asenweg; Mitteilung vom 18.10.2016
 - 7.4.3.4 Anwesen Stollstraße; Mitteilung vom 17.10.2016

7.4.4 Weitere Unterrichtungen

7.4.4.1 Energienutzungsplan für München; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 07115
Beschluss des gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung und des Umweltausschusses vom 12.10.2016 (VB)

7.4.4.2 Wohnungspolitisches Handlungsprogramm
"Wohnen in München VI" 2017-2021; Änderung des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2016-2020; Finanzierung; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 07205; Beschluss des gemeinsamen Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung, des Sozialausschusses, des Kommunalausschusses und des Finanzausschusses vom 26.10.2016 (VB)

zu 7.4.4.2 Hinweis / Ergänzung vom 11.10.2016

7.4.4.3 Handlungsprogramm Mittlerer Ring; Wohnen am Ring
- Fortführung des Förderprogramms
- Anpassung des Finanzbedarfs
- im Mehrjahresinvestitionsprogramm 2015-2019
- im Finanzhaushalt 2017
- Erfahrungsbericht; Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 06790; Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 26.10.2016 (VB)

7.4.4.4 Leben im Alter; Wohnen 2; Wohnungsgrundrisse für veränderbare Wohnungsgrößen
Antrag Nr. 14-20 / A 02116; Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07222; Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 26.10.2016 (SB)

7.4.4.5 Beschlussvollzugskontrolle (BVK);
Bericht über die der BVK unterliegenden Beschlüsse des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung und der Vollversammlung des Stadtrates im Zeitraum vom 01.01.2016 – 30.06.2016; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 06610
Bekanntgabe in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 26.10.2016

7.4.4.6 Veränderungen im Baurecht aufgrund der Beschleunigung der Asylverfahren
Antrag Nr. 14-20 / A 01449 der Stadtratsfraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung vom 13.10.2015; Sitzungsvorlagen Nr. 14-20 / V 07305; Beschluss des Ausschusses für Stadtplanung und Bauordnung vom 26.10.2016 (SB)

7.4.4.7 Programm "Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre Stadt"; Bürgerbeteiligung in den Stadtvierteln; Information der Bezirksausschüsse; Zuleitung vom 21.10.2016

7.4.4.8 Mitteilung des Kommunalreferats über ein Grundstücksgeschäft; hier: Hanns-Seidel-Platz (Verkauf / Tausch); Unterrichtung vom 30.09.16

7.4.4.9 Neubau eines Dienstwohnungsgebäudes für Dienstkräfte der Berufsfeuerwehr München, Im Gefilde 4, 16. Stadtbezirk; Genehmigung des Nutzerbedarfsprogramms durch verwaltungsinterne Abstimmung; Zuleitung des Kommunalreferates

7.4.4.10 Gemeinschaftsunterkunft an der Wofelstraße; Schreiben der dritten Bürgermeisterin Frau Strobl vom 18.10.2016

7.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

7.5.1 Gaststätten (unveränderte Fortführungen); Mitteilungen des Kreisverwaltungsreferats
-/-

7.5.2.1 Erhöhung der Freibeträge für Aufwandsentschädigungen; BA-Antrag Nr. 14-20 / B 02720 des BA 18; Schreiben des Direktoriums an den Vorsitzenden des BA 18 vom 11.10.2016

7.6 **Sonstige**
-/-

8 **Termine und Verschiedenes**

8.1 Termine der UA - Sitzungen

8.1.1 Mobilität und Umwelt

8.1.2 Budget, Kultur und Sport

8.1.3 Bildung, Gesundheit, Integration und Soziales

8.1.4 Bauvorhaben, Stadtplanung und Bürgerbeteiligung

8.1.5 Allgemeines, öffentliche Ordnung und Grundsatzfragen

8.2 Ankündigungen, Verschiedenes

9 **Nichtöffentlicher Teil**
- siehe gesonderte Einladung -

Für die Richtigkeit:

München,

gez.

Thomas Kauer
Vorsitzender im BA 16
Ramersdorf-Perlach

gez.

Dennis Vosteen
D – HA II / BA– G Ost
Protokoll